

5. III. 1917

119

## Für die Einberufung des Reichsrates. Eine Kundgebung der Wiener Bürgerchaft.

Wien, 5. März.

Im Festsaale des Gewerbevereines fand gestern Sonntag eine zahlreiche besuchte Versammlung statt, die sich zu einer imposanten Kundgebung des Wiener Bürgertums für die Einberufung des Reichsrates gestaltete.

Der Vorsitzende, Stabzimmermeister Professor Bauhain, bemerkt in seiner Eröffnungsansprache, der Besuch der Versammlung aus allen Schichten des Bürgertums beweise das Interesse der Bevölkerung an der Einberufung des Reichsrates. Die Leistungen des Parlaments auf sozialpolitischem Gebiete zugunsten der wirtschaftlich Schwachen wie auch auf dem Gebiete des politischen Fortschrittes haben das Gefühl der Bevölkerung für den Wert der Verfassung vertieft. Das Verlangen nach Einberufung des Reichsrates wird täglich stärker. Volk und Regierung sind eines Sinnes und zwischen beiden stehen unsere Volksvertreter, denen wir zuzuhören wollen: Auf an die verfassungsmäßige Arbeit! Redner beantragte folgende Resolution:

Die am 4. März 1917 tagende Versammlung fordert von der Regierung unter Berufung auf die Verfassung aus allgemeinen politischen bringenden, wirtschaftlichen und sozialen Gründen die ungefähre und bedingungslose Einberufung des Reichsrates. Die Versammlung mispricht mit dieser Forderung einem in allen Kreisen der Bevölkerung herrschenden Wunsch und ersucht die hier anwesenden Abgeordneten, diese Forderung mit allem Nachdruck zu vertreten.

Reichsratsabgeordneter Friedmann legte dar, daß die Hinweise auf drohende Störungen der Parlamentsverhandlungen Ausflüchte seien. Kein Abgeordneter würde angesichts des klaren Willens der Bevölkerung die Verantwortung hierfür auf sich nehmen. Der Friede darf uns nicht unvorbereitet finden. Große wirtschaftliche, finanzielle und soziale Fragen harren der Lösung und können, wie letztlich auch der Ministerpräsident betonte, nur unter Mitwirkung der berufenen Vertreter der Bevölkerung erledigt werden. Die Einberufung des Reichsrates sei notwendig zur Hebung des Staatsgefühls und nicht minder zur Ausgleichung des stark gewachsenen politischen Uebergewichtes Ungarns, wodurch die Interessen Oesterreichs dauernd und unwiederbringlich geschädigt werden können. Redner erhebt Einspruch gegen die Verzögerung des Einberufungstermines sowie gegen eine etwaige Absicht, den Reichsrat nur zu einer formellen Sitzung oder zu dem Zwecke einzuberufen, um die Verlängerung der Mandate beschließen zu lassen. Die anwesenden Abgeordneten werden den Auftrag der Versammlung getreulich erfüllen und deren Wunsch zur Kenntnis des Ministerpräsidenten bringen. (Beifälliger Beifall.)

Dr. v. Sprung bemerkte, daß man über alle Schwierigkeiten, die der Einberufung des Reichsrates entgegenstehen, hinwegkommen müsse. Kein Tag dürfe uns mehr von der Tagung der gesetzgebenden Körper trennen. Das Volk dürfe nicht länger abseits stehen oder gar sich abseits stellen.

Reichsratsabgeordneter Ganser verwies darauf, daß die neue Regierung die Schaffung verfassungsmäßiger Zustände als ihre Aufgabe erklärt habe. Wir verlangen daher die möglichst baldige Einberufung des Reichsrates. (Rufe: Sofort!) Die Scheingründe, die dagegen sprechen, müssen verschwinden und die Probe auf das Exempel gemacht werden.

Dr. Ferdinand Steiner erklärte, das Parlament allein biete die Möglichkeit einer offenen und freimütigen Aussprache, und diese brauche man dringend, namentlich auf dem Gebiete der Approvisionierung und zur Bekämpfung des Kriegswuchers, welcher der eigentliche und wahre innere Feind sei. (Stürmische Zustimmung.) Das könne die Regierung allein nicht machen.

Reichsratsabgeordneter Zenker führte aus, daß die oppositionellen Parteien in den Parlamenten Englands, Frankreichs und Italiens gegen die Regierung, gegen die Kriegsführung, ja sogar gegen die Kriegspolitik Stellung nehmen. Trotzdem werde es dort niemandem einfallen, die militärischen Niederlagen unserer Feinde auf diesen Umstand zurückzuführen, ebensowenig wie jemand die Ursache unserer Siege darin finden wird, daß unser Reichsrat bisher nicht getagt hat. Die Unterschätzung Oesterreichs war das treibendste Kriegsmotiv unserer Feinde, die erwartet hatten, Oesterreich werde bei Kriegsausbruch sofort zerfallen. Diese ihre Hoffnung hat sich, zum Glück für ganz Europa, nicht erfüllt, sie ist aber bei den Gegnern noch nicht ganz verschwunden, wie ihre Antwort auf die Wilsonsche Note beweist. Damals hatten nicht allein die Parteienvertreter und Klubmänner zu sprechen, in jenem Augenblicke mußte ein

Feuerbrand aus unserer Volksvertretung hinauslodern (stürmischer Beifall), nicht erst am 8. Mai, noch in jenem Dezember, am selben Tage mußten sämtliche Volksvertreter sich erheben und erklären: Wir verwahren uns dagegen, daß wir unter einer Fremdherrschaft leben, wir werden uns unsere Angelegenheiten selbst ordnen. (Stürmischer Beifall.) Nichts hätte die Neutralen und Feinde so überzeugt wie diese eine Kundgebung des österreichischen Parlaments. Wir müssen dagegen protestieren, daß es im Sinne der Deutschen in Oesterreich gehandelt sei, wenn man die Einberufung des Reichsrates hindert; es wäre die größte Sünde, die man den deutschen „Belangen“ hinzufügen kann, wenn man das deutsche Volk mit dem Odium belastet, die Wiederherstellung der Verfassungsmäßigkeit in Oesterreich behindert zu haben. Das deutsche Volk in Wien muß den Ruf erheben: Heraus mit der Verfassung, heraus mit dem Parlament! (Anhaltender Beifall.)

Chefredakteur Bäschaner betonte, die Forderung nach Einberufung des Reichsrates sei eine selbstverständliche vaterländische Pflicht und keine parteipolitische, sondern eine österreichische Angelegenheit. Wenn Abgeordnete selbst sich der Wiedereinberufung des Reichsrates entgegenstellen, so seien sie nicht das Sprachrohr der Bevölkerung. (Zustimmung.)

Sämtliche Reden wurden mit lebhaften Beifalls- und gebungen aufgenommen und hierauf die Versammlung nach einstimmiger Annahme der Resolution geschlossen.

An die Versammlung war eine Reihe von Zustimmungskundgebungen eingelangt. Reichsratsabgeordneter Doktor Reumann hatte sein Fernbleiben mit militärischer Verhinderung, Bezirksvorsteher Dr. Blasel mit dem Eintritten an die Front entschuldigt.